

GASTWIRTSCHAFT

Vorbote der Finanzkrise

Ein beunruhigender Trend in den USA



Von Felix Fuders

Zum ersten Mal seit der Wirtschaftskrise der 1930er Jahren sinkt die US-Geldmenge M3, was zu meinem Erstaunen von nationalen wie auch internationalen Medien bisher weitgehend unkommentiert geblieben ist. Dabei kann es jeder einsehen. Wenn man auf die Webseite der US-Zentralbank geht (fred.stlouisfed.org) und dort M3 in das Suchfeld eingibt, kommt man zu der Grafik der Geldmenge. Diese steigt normalerweise stetig. Das liegt daran, dass Banken die Kundeneinlagen durch Kredite im Umlauf halten, die dann wieder als Einlagen auf anderen Bankkonten landen und dort wieder durch Kredite im Umlauf gehalten werden. Da Bankeinlagen in der Definition der Geldmenge enthalten sind, führt die Kreditexpansion zu einer Ausweitung der Geldmenge (sogenannte Geldschöpfungsmultiplikator).

Dass die US-Geldmenge sinkt, ist ebenso selten wie beunruhigend. Dies deutet nämlich darauf hin, dass Banken weniger Kredite vergeben. Mit anderen Worten: Die Banken haben mehr Kundeneinlagen (Passiva aus Sicht der Bank) als ausstehende Forderungen gegenüber Kunden (Aktiva aus Sicht der Bank). Viele Banken stehen wahrscheinlich kurz vor dem Bankrott. Die Pleite der Silicon-Valley Bank und der Credit Suisse im Frühjahr war möglicherweise nur ein Vorbote des kommenden Finanzbebens.

Finanzkrisen sind ein Symptom unseres Finanzsystems. Es gibt sie in regelmäßigen Abständen, und sie sind nicht (nur) durch schlechtes Bankmanagement bedingt. Kundeneinlagen wachsen durch Zins- und Zinseszins exponentiell, erst ganz langsam, aber dann immer schneller. Da es keinen Zins ohne Schuld gibt, müssen Banken, wollen sie nicht bankrott gehen, entsprechend viele Kredite vergeben. Das ist der Grund, warum die Gesamtschulden (Schulden der Haushalte, Unternehmen und öffentlicher Sektor zusammengefasst) einer jeden Volkswirtschaft ebenfalls exponentiell wachsen. Das muss früher oder später zur Krise führen. Für Banken wird es zunehmend schwerer, das Kreditvolumen noch weiter auszuweiten je höher der Verschuldungsgrad der Bevölkerung schon ist.

Dass es zu regelmäßigen Finanzkrisen kommt, könnte man übrigens, davon bin ich überzeugt, verhindern, indem man ein Finanzsystem einführt, wie es Silvio Gesell einst vorschlug. Mit Geld, das auch bei Zinssätzen um null Prozent in Fluss bleibt.

Der Autor ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universidad Austral de Chile.

NACHRICHTEN

Tierwohl-Kommission löst sich wegen Finanzfragen auf

Die „Borchert-Kommission“, ein Beratergremium zur Verbesserung der Nutztierhaltung in Deutschland, stellt ihre Arbeit ein. Die Expert:innen hatten Beträge von sieben bis elf Milliarden Euro pro Jahr für den Umbau der Tierhaltung angemahnt – die aber ausbleiben. Agrarminister Cem Özdemir (Grüne) erklärte, die Ziele der Kommission „Schritt für Schritt erreichen“ und sich für zusätzliche Mittel einsetzen zu wollen. **afp**

Neue Ausbildungsverträge: Zahl steigt leicht

Im Jahr 2022 sind insgesamt 469 900 neue Ausbildungsverträge

ge abgeschlossen worden. Das sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden 0,8 Prozent mehr als im Vorjahr, allerdings acht Prozent weniger als im Vor-Corona-Jahr 2019. Ende 2022 befanden sich nach Angaben der Behörde insgesamt 1 216 300 Personen in einer dualen Berufsausbildung und damit drei Prozent weniger als im Jahr zuvor. Damit setzte sich der langfristige Trend sinkender Ausbildungszahlen fort. **epd**

Nordex erhält Großauftrag für kanadischen Windpark

Der Windanlagenbauer Nordex hat den Zuschlag zur Lieferung der Turbinen für den kanadischen Windpark „Forty Mile“ in der Provinz Alberta erhalten. Der Auftrag umfasse 49 Turbinen mit einer Leistung von je 5,7 Megawatt, wie das Unternehmen mit-

teilte. Mit einer Leistung von insgesamt knapp 280 Megawatt werde dies der größte Windpark des spanischen Nordex-Großaktionär Acciona gehörenden Unternehmens Acciona Energia in Nordamerika sein, hieß es. Er soll im ersten Quartal 2025 fertig sein. **dpa**

Lieferdienst Getir streicht 2500 Stellen

Der Lebensmittel-Lieferdienst Getir will sich von rund 2500 Beschäftigten trennen. Das teilte das Unternehmen, das aktuell etwa 23 000 Menschen in fünf Ländern beschäftigt, am Dienstag mit. Wie sich die Stellenstreichungen auf die Länder verteilen, wurde nicht mitgeteilt. Der türkische Lieferdienst ist im „Quick-Commerce“-Bereich tätig, bei dem sich Kundinnen und Kunden per App Supermarktpro-

dukte innerhalb kurzer Zeit an die eigene Haustür liefern lassen können. **dpa**

Kommentar Seite 11

Mehr Mitspracherechte bei Facebook und Instagram

Nutzerinnen und Nutzer in der EU bekommen künftig mehr Mitspracherechte über die Inhalte auf Facebook und Instagram. Sie sollen besser selbst entscheiden können, welche Beiträge ihnen angezeigt werden, wie der Mutterkonzern Meta am Dienstag mitteilte. Damit passt sich der US-Konzern neuen EU-Vorschriften nach dem Gesetz für digitale Dienste (Digital Services Act) an, die am Freitag in Kraft treten. Konzerne wie Meta, Amazon, Google, Tiktok und X, ehemals Twitter, müssen außerdem schärfer gegen Hassrede und Falschinformationen vorgehen. **dpa**

Weniger Geld fürs Gaming

Die Bundesregierung will bei der Förderung der Computerspiel-Branche kräftig sparen

Zum Start der Computerspiel-Messe Gamescom muss die heimische Branche weiter um Fördergeld bangen. Denn nach einem Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums sollen im kommenden Jahr nur 48,7 Millionen Euro an Games-Firmen fließen und damit weniger als die 2023 vergebenen 70 Millionen. Die bisher für 2024 veranschlagten Mittel reichen wohl nur aus, um Ansprüche aus bereits genehmigten Anträgen zu bedienen – neue Förderanträge wären kommendes Jahr nicht möglich. Der Branchenverband Game hält 125 Millionen Euro für nötig, um die Nachfrage zu decken. Bundespolitiker:innen reagieren nun aber zurückhaltend auf die Forderung nach mehr Geld.

„Wir können nur mehr Geld ausgeben, wenn in anderen Bereichen des Haushalts des Bundeswirtschaftsministeriums gekürzt wird“, sagt der gamespolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Reinhard Houben. Einfach nur zusätzliche Mittel bereitzustellen, ohne anderswo den Rotstift anzusetzen, sei angesichts der angespannten Haushaltslage nicht richtig. Möglicherweise würden aber noch Extra-Finanzmittel frei, sollte die Steuerschätzung im November positiv ausfallen.

Die Branche für Computer- und Videospiele hat ein starkes Wachstum hinter sich, weil die Menschen in Corona-Zeiten viel Zeit zu Hause verbrachten und in virtuelle Gaming-Welten eintauchten. Allerdings sind nur etwa vier Prozent des Umsatzes, den die Branche mit Spielen und Hardware erzielt, auf heimische Entwicklungen zurückzuführen. 2022 bekam die Branche 50 Millionen Euro an Fördergeldern des Bundes, 2023 sind es 70 Millionen und 2024 laut Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums nur 48,7 Millionen Euro.

„Wir müssen daran arbeiten, dass Deutschland nicht nur ein großer Vertriebsmarkt für Computerspiele ist, sondern auch als

Deutschland ist ein großer Markt, produziert werden Spiele aber vor allem im Ausland. **OLIVER BERG/DPA**

Entwicklungs- und Produktionsstandort eine größere Rolle spielt“, sagt der FDP-Politiker Houben. Hierfür sei die Gamesförderung wichtig, allerdings seien Subventionen hierfür kein Allheilmittel in einer Kreativbranche. „Nur Geld löst keine Ideen für eine gute Geschichte aus, die in einem Computerspiel erzählt wird“, sagt der Liberale.

Zuschlag nach dem „Windhund-Prinzip“

Bei der Frage nach einer Erhöhung der bisher angedachten Fördermittel für 2024 bleiben sowohl der Grünen-Bundestagsabgeordnete Maik Außendorf als auch die SPD-Kollegin Anna Kassautzki vage. Die Sozialdemokratin fordert „eine zuverlässige Wirtschaftsförderung für die Gamesbranche in Deutschland, die aber gleichzeitig mit der angespannten Haushaltslage überein gebracht werden muss“. Ein Evaluationsbericht

zum Förderprogramm werde zeitnah folgen.

Der Grüne Außendorf sieht es positiv, dass die Computerspielförderung des Bundes sich „größter Beliebtheit“ erfreue. Mittel flössen „schnell dorthin, wo sie hin sollen – zu den Unternehmen, die den innovativen Games-Standort Deutschland ausmachen“.

Dass es 2022 und 2023 vorzeitige Antragsstopps gegeben hat, weil die Budgets erschöpft waren und dadurch einige Firmen leer ausgingen, sehen Kassautzki und Außendorf kritisch. „Ein breiter Förderansatz nach dem Windhundprinzip bei begrenzten finanziellen Mitteln führt zu einer Unsicherheit der Projektförderung insgesamt“, sagt der Grüne. „Wir müssen hier für langfristige Planungssicherheit sorgen.“ Außendorf will sich für „degressive Fördersummen“ einsetzen – kleine Förderprojekte kämen auf jeden Fall zum Zug, große Projekte bekämen hingegen verhältnismäßig wenig.

Die Gameswirtschaft setzt sich nicht nur für Fördergelder ein, sondern auch für Steuererleichterungen. Diesen Aspekt bewertet der Liberale Houben positiv: Entwicklungskosten steuerlich anzurechnen und dadurch die Steuerlast einer Firma zu reduzieren, wäre „eine direkte und schnelle Art der Förderung“. Der Grüne Außendorf sieht das hingegen kritisch, weil dann qualitative Förderkriterien fehlten.

Am Dienstagabend ist in Köln die Gamescom mit einer Bühnenshow eröffnet worden, es ist die weltweit größte Messe für Computerspiele und Videospiele. Am Mittwoch sind Journalist:innen, Fachpublikum und einige Spielefans zugelassen, von Donnerstag bis Sonntag darf dann das breite Publikum rein.

Im Vorjahr waren 265 000 Besucher bei der Gamescom, dieses Jahr könnten es mehr werden. Das Angebot ist so groß wie noch nie, die Zahl der Aussteller hat sich von 1135 auf 1227 aus 63 Staaten erhöht. **dpa**